

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Fraktion im Ebersberger Stadtrat
Jürgen Friedrichs, Schwedenweg 44, 85560 Ebersberg

An den Ersten Bürgermeister
Ulrich Proske
Marienplatz 1

85560 Ebersberg

Petra Behounek
Jürgen Friedrichs
Lakhena Leng
Susanne Schmidberger
Michael Schulte-Langforth

Langfristige Haushaltskonsolidierung durch Energieeinsparungen mit Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen 2030 in städtischen Liegenschaften und Fuhrpark

Ebersberg, den 17. April 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

die Fraktion der GRÜNEN stellt folgenden **Antrag**:

- Der Stadtrat möge beschließen, dass die im vom Klimaschutzmanager vorgelegten Maßnahmenplan dargestellten Schritte zur Reduktion der Energiekosten und zur Erreichung der Klimaneutralität in städtischen Liegenschaften und im städtischen Fuhrpark bis 2030 nun konsequent umgesetzt und in den städtischen Haushalt 2025 ff. eingearbeitet werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Finanzbedarf – insgesamt ca. 1,5 Mio. € bis 2030 – über geeignete Mittel sicherzustellen, darunter auch eine mögliche Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes in Erwägung zu ziehen. Zugleich soll die Verwaltung kontinuierlich neue Förderprogramme (Bund, Land, EU) prüfen, um den städtischen Eigenanteil weiter zu reduzieren.

Mit dieser Entscheidung stellt der Stadtrat klar, dass er den einstimmigen Beschluss von 2012 zum „Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzept“ bekräftigt und dessen Inhalte im Haushalt hinterlegt wissen will. Alternativ sollen mindestens die im Technischen Ausschuss in 11/24 und im AK Energiewende 2030 in 02/25 auf die städtischen Liegenschaften und Fuhrpark reduzierten Maßnahmen eingestellt werden.

Begründung

Bereits im Jahr 2012 hat der Stadtrat einstimmig das Ziel formuliert, Ebersberg bis 2030 klimaneutral zu machen. Dieses Vorhaben umfasst sämtliche klimarelevanten Bereiche – darunter Energieversorgung, Wärme und Mobilität. Besonders wichtig ist dabei die Vorbildfunktion der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger. Wer Klimaneutralität im gesamten Stadtgebiet anstrebt, sollte zunächst im eigenen Verantwortungsbereich – bei den kommunalen Gebäuden und Fahrzeugen – konsequent vorangehen.

Der Klimaschutzmanager hat hierzu einen sehr ausgeklügelten und umfassenden Plan erarbeitet, den nun alle Stadträtinnen und Stadträte inzwischen über das Ratsinformationssystem einsehen können. In diesem Maßnahmenplan werden verschiedene Investitionen von zusammen rund 2,55 Mio. € bis zum Jahr 2030 vorgeschlagen. Diese betreffen eine energetische Modernisierung der städtischen Liegenschaften (z. B. Heizungs- und Kühltechnik, Dämmung, Photovoltaik) ebenso wie den schrittweisen Austausch des Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge. **Bis 2030 werden sich die akkumulierten Einsparungen der Energiekosten so auswirken, dass lediglich 1,5 Mio. € über den gesamten Zeitraum aufgebracht werden müssen.**

Investitionsplan des Klimaschutzmanagers (vereinfacht):

| Jahr | Investition | jährliche zusätzliche Ersparnis | jährliche Ersparnis (akkumuliert) | Restkosten nach Einsparung |
|-------------------|-----------------------|---------------------------------|-----------------------------------|----------------------------|
| 2025 | 701.166,00 € | 30.963,92 € | 30.963,92 € | 670.202,08 € |
| 2026 | 419.000,00 € | 21.165,73 € | 52.129,65 € | 366.870,35 € |
| 2027 | 325.000,00 € | 180.335,01 € | 232.464,66 € | 92.535,34 € |
| 2028 | 357.000,00 € | 5.926,96 € | 238.391,62 € | 118.608,38 € |
| 2029 | 360.000,00 € | 15.248,24 € | 253.639,86 € | 106.360,14 € |
| 2030 | 390.000,00 € | 22.299,06 € | 275.938,92 € | 114.061,08 € |
| 2025-20230 | 2.552.166,00 € | | 1.083.528,63 € | 1.468.637,37 € |

Nach Abzug der Einsparungen betragen die Gesamtkosten bis 2030 etwa 1,47 Mio. Euro. Ab 2030 werden voraussichtlich jährlich rund 276.000 Euro eingespart, sodass sich die Investitionen – zinsfrei betrachtet – bis etwa 2036 amortisieren.

Die geplanten Maßnahmen sind keineswegs reine „Kostenverursacher“. Laut Berechnungen führen sie, wenn umgesetzt, zu **jährlichen Einsparungen** von rund **276.000 €** ab 2030. Aus rein finanzieller Sicht **amortisieren** sie sich voraussichtlich **bis 2036**, weil dann die Summe aller Energieeinsparungen die Höhe der Investitionen übersteigt (Zinsfrei-Betrachtung). Damit dient das Paket zugleich einer **langfristigen Konsolidierung des städtischen Haushalts**.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist die frühzeitige Umstellung auf klimafreundliche Mobilität. Wer behauptet, man gehe das Thema zu früh an, verkennt, dass:

- Teile der PV-Anlage auf dem Bauhof demnächst aus der Förderung herausfallen – optimaler Zeitpunkt, dort produzierten Solarstrom für eigene E-Fahrzeuge zu nutzen.
- In den nächsten Jahren ohnehin viele städtische Fahrzeuge ersetzt werden müssen. Wer sich jetzt wieder Verbrenner anschafft, bindet die Stadt für Jahre an teure fossile Kraftstoffe und lässt den Vorteil eines eigenproduzierten Stroms ungenutzt verstreichen.

Die angespannte Finanzlage der Stadt Ebersberg ist unbestritten. Eine Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes ist eine Möglichkeit, diese Zukunftsinvestitionen zu sichern. Bei ca. 5.000 € Mehreinnahmen je Prozentpunkt Hebesatz könnte man damit jährlich bis zu 250.000 € generieren. Ob und in welchem Umfang dieser Weg beschritten wird, bleibt selbstverständlich dem Stadtrat in den Haushaltsverhandlungen vorbehalten. Andere Finanzierungsquellen sind denkbar, zum Beispiel Umschichtungen in Haushaltsposten, Pacht- oder Leasing-Modelle oder zusätzliche Förderungen durch Bund und Land.

Gerade neue Sonderprogramme können den Investitionsbedarf für die Kommune spürbar senken. Die Verwaltung sollte deshalb permanent Ausschau halten und flexibel reagieren, um den städtischen Eigenanteil möglichst gering zu halten.

Mit diesem Antrag werden keine neuen Beschlüsse erzwungen, sondern lediglich die bereits 2012 einstimmig verabschiedeten Klimaziele bzw. vom TA 11/24 einstimmig empfohlenen Maßnahmen in konkrete Haushaltsansätze übersetzt. Durch die Aufnahme in den Haushalt und eine damit einhergehende transparente Finanzierungsmöglichkeit – unter anderem via Grundsteuer – wird der Beschluss von damals endlich mit Leben gefüllt.

Der Beschluss von 2012 hat die Stadt Ebersberg bereits zur Klimaneutralität bis 2030 verpflichtet. Die dafür nötigen Maßnahmen liegen in Gestalt des durchdachten Plans des Klimaschutzmanagers vor, sind den Ratsmitgliedern bekannt und bergen einen erheblichen wirtschaftlichen Nutzen. Dieses Maßnahmenpaket jetzt umzusetzen, ist aus klimapolitischer wie haushalterischer Sicht sinnvoll, wenn wir ernsthaft am selbstgesteckten Ziel der Klimaneutralität festhalten wollen.

Für die Fraktion

Jürgen Friedrichs
(Fraktionssprecher)